

**Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Verkehrsplanung: Gleich lange Spiesse für alle Vertretungen der Verkehrsträger! Eine Fachstelle ist begründet!**

Anlässlich der Sitzung des Quarteilteils IV (Quavier) vom 17.6.2014 musste festgestellt werden, dass hinsichtlich der geplanten Tramgeleiserneuerung zwischen Burgernziel und Freudenbergerplatz eine Besprechung der Stadt-Vertreter mit Pro Velo stattfinden soll, um offene Fragen zu klären. Eine Besprechung/Orientierung mit den Automobilverbänden war dagegen nicht vorgesehen (vgl. dazu die Interpellation Verkehrsplanung: Gleichbehandlung von Pro Velo und den Automobilverbänden?).

Die Motionäre erachten angesichts der kommenden zum Teil komplexen Planungsgeschäfte, welche Verkehrsfragen betreffen, die Gleichbehandlung aller Interessenvertretungen der verschiedenen Verkehrsträger als zwingend! Leider sind Anträge unserer Fraktion, im Rahmen des IAFP eine Fachstelle PGV einzuführen gescheitert. Die neusten Vorkommnisse zeigen, dass die Interessen des PGV im Rahmen der Planungen nicht gewahrt werden. Verwaltungsintern fehlt heute entsprechendes Fachwissen. Dieser Mangel ist durch Errichten der Fachstelle PGV zu beheben und muss in jedem Falle kostenneutral erfolgen.

Der Gemeinderat wird deshalb höflich aufgefordert:

1. Es seien Pro Velo und die Automobilverbände in sämtlichen Verkehrsfragen gleich zu behandeln.
2. Es sei für die Belange des PGV eine kompetente Fachstelle innerhalb der Verwaltung zu errichten, die über die gleichen Mittel und Kompetenzen wie die Fachstelle Velo verfügt. Die Errichtung der Fachstelle muss dabei kostenneutral erfolgen.

*Begründung der Dringlichkeit*

In Zukunft stehen wichtige Verkehrsvorhaben an. Es wäre stossend, wenn in den Gesprächen einzig Pro Velo einen privilegierten Zugang zur Gemeindeverwaltung hat und die Automobilverbände davon ausgeschlossen und vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Angelegenheit ist dringlich. Es muss rasch sichergestellt werden, dass alle Vertreter der Verkehrsträger in Zukunft gleich behandelt werden. Eine Weiterführung einer allfällig bestehenden Ungleichbehandlung würde zu stossenden Ergebnissen führen und wäre rechtsstaatlich bedenklich.

*Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.*

Bern, 19. Juni 2014

*Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Jakob*

*Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Ueli Jaisli, Henri-Charles Beuchat, Kurt Rügsegger, Rudolf Friedli, Nathalie D'Addezio*